

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 20. April 2011

§ 140

Schlussbericht über die Umsetzung der Gemeindestrukturereform „GL 2011“

(Bericht Regierungsrat, 22.2.2011)

Myrta Giovanoli, Ennenda, hat den Schlussbericht mit Ausnahme des Kapitels 5.11., Raumentwicklung (S. 33), mit Befriedigung gelesen. Dort heisst es nämlich: „Gesuch Modellvorhaben zurückgezogen; Leitbildarbeiten, Standortabklärungen durch Gemeinden nicht angegangen; Leitbilder und Entwürfe Nutzungspläne nicht angegangen; Bereinigung Richtplan nicht in Angriff genommen.“ Für die Grüne Fraktion ist die Raumplanung eine der grossen Chancen der Gemeindestrukturereform, die prioritär hätte angepackt werden müssen. Das nicht getan zu haben, ist absolut unbefriedigend und die dafür angegebenen Gründe überzeugen nicht. – Immerhin befasst sich nun Glarus Nord intensiv mit der Raumplanung, werden in Glarus Foren unter Mitwirkung der Bevölkerung geplant und macht man sich in Glarus Süd offenbar ebenfalls Gedanken darüber, wie der Siedlungsraum genutzt werden soll. Die Grünen bitten die Gemeindepräsidenten, die Raumplanung nun wirklich in Angriff zu nehmen und die kantonalen Stellen, die Entwicklungen zu überwachen. Die Chance der Gemeindestrukturereform für grössere Räume zeitgerecht darüber entscheiden zu können, wo künftig Industrie und Gewerbe, Wohnen und Erholung angesiedelt werden sollen und wo der Verkehr fliessen soll, darf nicht verpasst werden. – Es ist zu hoffen, dass die Aussichten, die Raumplanungsziele doch noch zu erreichen, tatsächlich gut stehen.

Landammann *Röbi Marti* erinnert sich an die Kickoff-Sitzung zur Raumplanung, die stattfand, nachdem er 2008 das dafür zuständige Departement übernommen hatte. An ihr meinten alle Involvierten, es sei vorwärts zu machen. Während der Strukturänderung schwand der Einsatz der damals Zuständigen zu Gunsten des unbestritten wichtigen Themas, da sie das heisse Eisen nicht mehr aufnehmen wollten, was auch begreiflich war. Nun aber messen ihm die drei neuen Gemeinderäte wieder Priorität zu und packen es gemeinsam mit den kantonalen Stellen mit Elan an; die Lösungsfindung befindet sich auf gutem Weg.

Martin Laupper, Näfels, Gemeindepräsident Glarus Nord, dankt allen an der Strukturreform Beteiligten ganz herzlich. Sie haben sehr gute Arbeit geleistet und so konnte die operative Umsetzung in die neue Struktur perfekt beginnen. Die Reform ist damit aber noch lange nicht abgeschlossen. Es bleiben viele Themen zu behandeln. Die Organisation ist aufgrund der praktischen Erfahrungen auf ihre Tauglichkeit zu hinterfragen, allenfalls anzupassen, zu optimieren, zu konsolidieren.

Die finanzielle Herausforderung ist gewaltig. Insbesondere Glarus Nord startet nicht wie der Kanton mit einem Plus sondern – obschon die Kosten im Budget 2011 im Vergleich zu den konsolidierten Rechnungen 2009 um 5,4 Millionen Franken reduziert worden sind – mit

einem operativen Minus von 5 Millionen Franken, das irgendwie auszugleichen ist. Ursache ist vor allem die zwölfprozentige Senkung der Steuereinnahmen. Zudem sind zusätzliche Aufgaben zu finanzieren, deren Umfang noch kaum einzuschätzen ist: Pflegekosten, Volksschule, Harnos, Basisstufe, sonderpädagogische Massnahmen. – Der Steuerverteilungsschlüssel wird aufgrund der neuen Aufgabenverteilung zu diskutieren sein, je schneller, je besser. Der Kanton, das sagt auch der Finanzplan voraus, kann sich gut halten, während sich für die Gemeinden Probleme abzeichnen; aber auch sie müssen sich zu Gunsten des Kantons erfolgreich im Wettbewerb positionieren können.

Die Raumplanung ist unbedingt anzugehen, auf dass die Strukturreform wirklich Nutzen bringt. Glarus Nord steht deswegen in engem Kontakt zu den kantonalen Stellen. Die Vorbereitung wird zu weiterbringenden Entscheiden führen.

Christian Marti, Glarus, Gemeindepräsident Glarus, ist um das Ansprechen des Projekts Raumplanung froh. Weshalb es nicht vom Fleck kam, kann offen bleiben. Den Eindruck zu erwecken, die Projektorganisationen hätten nicht vorwärts gemacht, wäre aber unzulässig. Es sind keine Schuldigen zu suchen, zumal nun die Raumplanung als vordringlich behandelt und der Blick nach vorne gerichtet wird. Der kantonale Richtplan enthält jedoch Tendenzen, welche nicht erleichternd wirken und paralleles Vorgehen nötig machen. Raum-, Orts- und Nutzungsplanung sind weit mehr als eine technische Aufgabe; sie haben viel mit Werbung für alle drei Gemeinden zu tun, weshalb breite Abstützung sehr wichtig ist. – C. Marti schliesst sich dem Dank an die an den Projekten Beteiligten an. Die neuen Behörden konnten, auch wenn sie nicht in allem den Projektorganisationen folgten, von ausgezeichneten Zwischenergebnissen ausgehen.

In hellseherischer Voraussicht scheint der Regierungsrat die Steuerverteilung geändert zu haben. Er schreibt „der Kanton erhält 52 und die Gemeinden 62 Prozent“ (S. 13 oben); es möge dies der Antrag der Regierung zuhanden der Landsgemeinde 2012 sein. C. Marti bedankt sich schon jetzt dafür, dass die Regierung umsetzt, was sie schreibt. [Der Schlüssel wurde aber an der Landsgemeinde 2010 mit 54% Kanton, 60% Gemeinden festgelegt.]

Fridolin Luchsinger, Schwanden, für die Raumplanung zuständiger Departementsvorsteher von Glarus Süd, bestätigt, dass in den Gemeinden zum Thema Raumplanung sehr viel im Gange sei. Hätten sehr viel weitergehende Vorarbeiten von den alten Gemeinden übernommen werden müssen, wäre der Nutzen vermutlich nicht klar besser gewesen. Vorerst waren Gebühren und Zonen zu vereinheitlichen, um in der gleichen Gemeinde eine gemeinsame Basis für das Gespräch zu haben. Auch stellen die Korporationen eine weitere grosse Aufgabe für die Zusammenführung dar. – Die Raumplanung ist eine riesige Aufgabe, an der aber mit Freude intensiv gearbeitet wird, auch wenn darüber noch nicht viel an die Öffentlichkeit gelangte.

Der Bericht stellt einen Schlussbericht zur Arbeitsübergabe, aber keinen zur Gemeindefusion dar. Diesbezüglich stehen die Gemeinden noch mitten in der Arbeit. – Der Regierung darf für die Neugestaltung der Zusammenarbeit gedankt werden.

Myrta Giovanoli erklärt sich auf Anfrage des *Vorsitzenden* als befriedigt.

This Jenny, Glarus, begreift, dass die Gemeinden die Finanzen als Herkulesarbeit bezeichnen. Eine solche wird auch die Umsetzung der Strukturreform sein. Allerorten werden als grosse Vorteile des Kantons Glarus die kurzen Wege, die guten Beziehungen zur ausführenden Behörde gerühmt. Bisher stimmte das und trotzdem liessen sich nicht all zu viele bei uns nieder. Es muss nun unbedingt gültig bleiben, was nicht sicher zu sein scheint, wie Hinweise belegen. Diese Vorzüge zu verlieren wäre äusserst schade. Für ein kleines Gesuch, für die Antwort auf eine Frage dürfen die administrativen Wege nicht länger werden, als im grossen Kanton Zürich. Solches wäre nur in der Anfangszeit zu dulden möglich. Chefbeamte und Subalterne dürfen nicht zu Fürsten werden. Was wie zu passieren hat, werden weiterhin die Gemeinderäte zu bestimmen haben; den Worten müssen Taten folgen.

Hans Rudolf Forrer, Luchsingen, weist darauf hin, die Leitung des Projektes Alters- und Pflegeheime habe Hans *Rudolf* (nicht -peter) Zopfi innegehabt (S. 29). [Der Fehler ist in den Archivdokumenten korrigiert.]

Peter Rothlin, Oberurnen, nimmt den Hinweis unter Fazit (S. 38) auf, wonach Glarus Nord betreffend Personalausstattung den vom Kanton vorgegebenen Benchmark markant überschreite. Die den Hauptkostenanteil ausmachende Personalausstattung ist für den Erfolg oder Misserfolg der Reform sehr wichtig. Der Bericht vergleicht den Personalbestand z.B. der Werk- und Forstbetriebe (S. 26f.). Eine solche Übersicht müsste für alle Bereiche und alle Gemeinden vorliegen, was aber nicht der Fall ist. Ohne die Stellenprozente zu kennen, kann kein Fazit gezogen werden. Die Stellenetats für die alten und neuen Gemeinden werden doch wohl greifbar sein. Der Vergleich vorher/nachher wäre daher einfach und ist je Gemeinde aufzuzeigen. Er müsste Bestandteil des Schlussberichts sein.

Regierungsrätin *Marianne Dürst* erklärt, der Bericht gebe den Stand der Personalbesetzungen per November 2009 sowie den Stellenplan der Gemeinden bereits wieder: Die Forderung des Vorredners ist erfüllt. – Die Gemeindestrukturreform ist nicht am 1. Januar 2011 abgeschlossen worden. Beim vorliegenden Bericht handelt es sich um den Schlussbericht zum Projekt nicht aber um den Schlusstrich dazu. Es ist Anliegen des Kantons und der Gemeinden, einen Wirkungsbericht im Laufe der Legislatur zu erstellen. Einen solchen erheischt zudem die Forderung nach einer anderen Steueraufteilung Kanton/Gemeinden; jetzt handelt es sich bei den erwähnten 52/62 um einen Verschreiber. Ein Potenzial für Synergienutzungen findet sich, wie angesprochen, im Personalbereich, ein zweites bei der Schule. Schulleitungen kosten zwar wie vorausgesagt mehr, doch wären sie durch bessere Organisation und grössere Klassen von den Gemeinden zu kompensieren; im schweizerischen Vergleich sind die glarnerischen Schulklassen immer noch bei den kleinsten. Die finanzielle Herausforderung bleibt gross und Organisatorisches wird noch anzupassen sein.

M. Dürst dankt im Namen des Regierungsrates allen, die an der Umsetzung der Gemeindestrukturreform mitwirkten und es immer noch tun für die gute Zusammenarbeit.

Abstimmung: Der Landrat nimmt den Schlussbericht zur Kenntnis.